

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Posen anfert in der
Expedition dieser Zeitung
Wahlstraße 16.
bei G. H. Alrici & Co.
Beckstraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissig,
in Breslau bei Emil Habach.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Hanke & Co.
Haaselein & Vogler, —
Rudolph Rose.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenmarkt.“

Pozener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Nr. 101.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 10. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Anno 20 Vi. die lehrgeschaffene Zeile oder deren Raum, Rellamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 9. Februar. Der König hat den Appellat. Ger. Rath John in Bromberg in gleicher Amtseigenschaft nach Breslau verlegt und den Kreisger. Rath Hempel in Bromberg zum Appellat. Ger. Rath bestellt; sowie den ord. Prof. der Theol. Kirchenrath Dr. Otto Pfeiffer zu Jena, zum ord. Prof. in der theolog. Fakultät der hiesigen Universität ernannt.

Die kgl. Eisenbahnbau- u. Betriebs-Inspektoren Adolf Wagemann in Hannover und Karl Ludwig Lange in Düsseldorf sind in gleicher Eigenschaft resp. nach Hirschberg in Schlesien und nach Hannover versetzt und der Eisenbahnbau- Inspektor Johann Gottfried Kettler in Bremen mit der kommiss. Verwaltung der Betriebs- Inspektionsstelle in Düsseldorf beauftragt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Leiden, 9. Februar. Die 300jährige Säkularfeier der Gründung der Universität Leiden ist gestern durch einen festlichen Alt in der St. Peterskirche begangen worden. Der König, die Königin, die Prinzen Friedrich und Alexander und der Fürst und die Fürstin von Wied waren bei der Feier anwesend, an der sich zahlreiche Deputationen wissenschaftlicher und künstlerischer Korporationen aus dem Inlande und dem Auslande beteiligten. Die Festrede wurde von Professor Heynius gehalten. Nach der Feier fand Empfang beim Könige im großen Saale der Universität statt.

London, 9. Februar. [Unterhaus]. Sir Edward Stanhope erstattet Bericht über die Adresse auf die Thronrede. Im Laufe der Debatte widerlegte Disraeli mehrere gegen die Regierung gerichtete Angriffe der Opposition, besonders die Behauptung, daß die Armee sich nicht in dem gewünschten guten Zustande befindet. Der Premier wies ferner nach, daß die Stelle der Thronrede, in welcher von den guten Beziehungen Englands zu den fremden Mächten die Rede ist, wohl begründet sei und sprach seine Überzeugung aus, daß der europäische Friede bewahrt werden werde. Das unausgesuchte Bestreben der Regierung werde darauf gerichtet sein, dieses so schnell gewünschte Ziel zu erreichen. Die Adresse wurde darauf angenommen. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam die Verbreitung des Koloradofäfers durch die Einführung von amerikanischen Kartoffeln zur Sprache. Regierungseite wurde erklärt, man sei mit einer Untersuchung der Sache beschäftigt, bis jetzt hätten nur Österreich und Belgien tatsächlich Maßregeln gegen die Einführung von amerikanischen Kartoffeln getroffen und sahe es, als ob die durch den Koloradowäfer drohende Gefahr übertrieben werde.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 9. Februar.

Die Budgakommission hielt am 8. d. ihre erste Sitzung. Auf ihrer Tagesordnung stand zunächst der Etat des Handelsministeriums; da indeß die Vertreter dieses Ministeriums erst später erschienen, so begann man mit dem Etat des Kultusministeriums, und zwar mit dem Kapitel 127, Tit. 3. „Zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekennnisse und der Lehrer“, welche Position bekanntlich nach der Forderung der Regierung um 2 Millionen Mark erhöht werden soll, um die Pfarrstellen auf 800, resp. die katholischen auf 600 Thaler Minimalgehalt zu bringen. Die „R. L. C.“ berichtet:

Aus der Mitte der Kommission wurde zunächst das Verlangen nach einer Statistik der geistlichen Stellen laut, um feststellen zu können, welche Anzahl von Stellen mit einem Einkommen bis zu 700, 800, 900 1000 Thlr. vorhanden sei. Auf Grund dieser Statistik wird sich dann erwägen lassen, ob die 2 Millionen Mark zur Erreichung eines Minimalgehalts von 800 Thaler für alle Pfarren, oder zu Alterszulagen für Pfarrer mit einem gewissen Dienstalter, sofern sie mindestens 1000 Thaler Einnahme haben, verwendet werden sollen. Mindestens wurde die Gewährung der vorjährigen Gehaltszulagen auf 10 Jahre und die berechtende Verfüzung erbeten. Im Übrigen wurde der Posten ausgesetzt, dagegen definitiv die 500.000 Mark bevestigt, welche zur Entschädigung der Geistlichen für den Ausfall an Stolzgebühren ausgeworfen sind. Die Grundätze der Denkschrift, welche über diesen Punkt dem Etat beigelegt ist, das heißt die Normen, nach denen die Entschädigung der Pfarrer erfolgen soll, wurden nach Mehrheit abgestimmt und auf der Basis der geforderten Summe aufgeteilt. Diese Summe hat übrigens vorläufig willkürliche Grenzen werden müssen, da sich erst durch die Erfahrung eines Jahres herausstellen wird, wie hoch sich der Ausfall an Gebühren wirklich beläuft. Die Denkschrift stellt den Geistlichen frei, entmeder die einzelnen ausfallenden Alte zu liquidieren oder eine Berechnung des Ausfalls auf Grund der Durchschnittseinnahme der letzten Jahre und ihrer Differenz gegen die Einnahme des Jahres 1875 aufzustellen. Die Bewilligung der 500.000 Mark erfolgte jedoch unter dem ausdrücklichen Befüge, daß die Summe nach Maßgabe des § 51, Aline 2 des Gesetzes vom 9. März 1874 verwendet werden soll. Ein Mitglied des Zentrums stimmte gegen die Position, was auffallen muß, da der Staat nach dem eben angezogenen Gesetzesparagraphen zur Leistung der Entschädigung ebenfalls verpflichtet ist.

Culm, 7. Februar. Ueber die Verhaftung des Vikars v. Lassowitzki in Blasnitz, bei der es zu allerlei Aufrütteln kam, werden der „Culmer Zeitung“ von einem Augenzeuge folgende Einzelheiten mitgetheilt:

„Dem Landräthsamt war jedenfalls bekannt, daß der bereits ausgewichene Vikar in P. eintreffen werde und es waren deshalb zur Unterstützung des Gendarmanen Meina in Strutzen noch die Gendarmanen Ah und Lambrecht von hier nach P. beordert worden. Alle drei besetzten den Eingang zum Kirchhofe, nachdem man sich vorher von der Amtshälfte des Vikars überzeugt hatte. Als die Kirchengänger um 12 Uhr die Kirche verließen, stießen sie gegen die drei Gendarmanen einen Schimpfwörter aus und drohten auch, sie sollten nicht mit dem Leben davontkommen, wenn sie nicht sofort P. verließen, den Geistlichen würden sie sich unter keinen Umständen nehmen lassen. Der Bi-

far tam nicht aus dem Gotteshouse, obgleich ihn Gendarm M. dazu auffordern ließ. Als die Menschenmenge noch immer nicht den Platz räumte, auch schon mit Steinen zu werfen anfing, wurde Gendarm L. nach Culm gesandt, um militärische Hülfe zu requiriren. Endlich um 3 Uhr trat der Geistliche aus der Kirche und hielt an die Versammlung eine Ansprache, in welcher er hervorhebt, daß er jetzt zum Arrest unschuldiger Weise geführt werden sollte, er werde diese unschuldige Strafe mit Geduld tragen, die Gemeinde möge aber nur ihrem Glauben treu bleiben. Während die Menge ein Lied anstimme, bestieg der Vikar seinen Wagen und der Zug setzte sich langsam in Bewegung. Als die Chaussee erreicht war, wollte der Fuhrmann nach Briefen fahren, die beiden Gendarmen versperrten aber den Weg; der Geistliche folgte ihrer Aufforderung und ließ nun den Weg nach Culm einfahren; das aufgeregte Volk suchte dies freitlich zu verhindern, hielt die Pferde an und schimpfte gräßlich. Endlich belehrte ein Bernhinstiger die Tobenden, daß es dem Geistlichen nicht den Kopf kosten würde, man möchte ihn nur ruhig den Weg nach Culm fahren lassen. Dies wirkte, der Zug setzte sich unter Aufführung eines Liedes in Bewegung. Vor Lissewo, wohin ein Bote geschickt worden war, kam wieder eine große Volksmenge herbeigeströmt und auch der dortige Geistliche trat zu dem Verhafteten. In Lissewo machte der Zug Halt und v. Paszewski hielt es nun wohl für angemessen, die Komödie zu beenden, er bedankte sich bei der Versammlung für die ihm bewiesene Anhänglichkeit und setzte dann unter Begleitung der Gendarmen seinen Weg nach Culm fort. Hier stand das Militär, etwa 60 Mann, gerade marschiert mit Gewehren und scharfen Patronen versehen auf dem Markte. Ein kalibolischer Leichenzug hielt den Arrestanten mehrere Augenblicke auf; es kam wohl hierbei zu einigen Thränen; Schimpfwörter etc. wurden jedoch nicht vernommen, und der widerwärtige Geistliche konnte ungehindert in das Gerichtsgebäude geführt werden.

Kassel, 8. Februar. Der „A. B. Blz.“ wird bezüglich der Siedlung der Agnaten des Kurhauses geschrieben, daß der bisher nächstberechtigte Ehe, Landgraf Friedrich von Hessen, damit umgeht, ein Manifest zu erlassen, in welchem er seine Abnachung mit der Krone Preußen öffentlich kundgeben und sich als Chef des Hauses proklamieren will. Die Glieder der Neben-Linien Hessen-Philippsthal und Philippsthal-Barchfeld gedachten jedoch, den Landgrafen nicht als Familienhaupt anzuerkennen, sondern sich dagegen zu verwahren, wie sie denn dies in einem praktischen Fall schon dadurch gethan haben, daß sie unter Darlegung der rechtlichen Consequenz des vom Landgrafen abgeschlossenen Abfindungs-Vertrages mit Preußen in Prag gegen die dort von diesem Prinzen verlangte Auskündigung fiduciärrätslicher Vermögens-Gegenstände aus dem Nachlass des Kurfürsten, namentlich der sogenannten Silber-Kammer, Einpruch erhoben haben.

Aus Newyork, 25. Jan., berichtete ein Korrespondent der Londoner „Morning Post“: „Es sind Gerichte in der Luft bezüglich der Absichten des Präsidenten zu. Die Spaniens, die keineswegs angenehm sind. Mit Recht oder Unrecht glaubt man, der Präsident beabsichtigt bei seiner dritten Kandidatur zu verharren, und dies soll der Schlüssel zu seiner ganzen Politik sein. Darum soll er die Reizbarkeit im Süden schützen, um eine Entschuldigung zu haben, in den Südstaaten den Kriegszustand bei der nächsten Präsidentenwahl zu proklamieren und so die Wahlen dieser Staaten entweder für sich zu sichern oder sie ganz und gar auszuschließen. Und darum ist es auch, daß er gerne sich mit der Idee trägt, einen Krieg mit Spanien zu provozieren; denn mit solch einem Kriege im Gange würde das Land abgelehnt sein, einen Regierungswechsel herbeizuführen. Die kubanische Frage, heißt es, ist der Präsidenten Trumpftarfe, die er im geeigneten Moment auszuüben sich reservirt. Man hat die Ansprüche der amerikanischen Regierung betrifft der Virginias-Affäre nicht besonders preifert, um einen casus belli offen zu halten. In Betreff dieser Ansprüche werden der neuen Regierung Spaniens dringliche Vorstellungen gemacht. Werden diese selbst zugegeben und in Ordnung gebracht, dann bleibt noch die Beschwerde über die kubanische Insurrektion und diese kann jeden Augenblick zu einer Kriegsursache aufgespreizt werden. Ich weiß, kaum“, schließt der Korrespondent, „welche Bedeutung diesen Gerichten beizulegen ist, aber sie scheinen einiger Aufmerksamkeit wert.“

Vom Landtage.

9. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 9. Februar, 11 Uhr. Am Ministerial Graf zu Eulenburg, Achenbach, Friedenthal und die Geh. Räthe Persius und Woblers.

Eingegangen sind vom Finanzminister ein Schreiben betr. die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für 1873, vom Handelsminister eine Übersicht über die Vermendung von Unterhaltskassen- und Baufonds, vom Kultusminister eine Übersicht über den Stand der Befoldungen der Elementarlehrer und Lehrerinnen.

Der Abg. Birchow hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Königliche Staatsregierung aufzufordern noch in der gegenwärtigen Session den Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen dem Landtag vorzulegen.“

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs einer Provinzial-Ordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Bremen, Schlesien und Sachsen, sowie des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verfaßung der Verwaltung ungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren. Zum Worte melden sich 26 Redner, 14 gegen, 12 für die Vorlagen, nämlich gegen die Vorlagen: v. Heermann, v. Miguel, Birchow, v. Gerlach, Berger, Haenel, von Mantuussel, v. Wedell-Behlingsdorf, v. Saucken-Tarpitschen, Hoene, Thilenius, Rickert, Tieemann und Petri; für die Vorlagen: v. Köller, Lasker, v. Sybel, v. Winklerode, v. Kardorff, Smeiß, Sachse, v. d. Go's, Graf Bethy-Huc, Jung, v. Wedell-Malchow und v. Loepke Gorgendorf.

Abg. Birchow bittet zu gestatten, daß über seinen Antrag in der Generaldiskussion mit verhandelt werde. Allerdings sei es nach der Gesetzesordnung nicht zulässig, eine Abstimmung über den Antrag an dieser Stelle zu verlangen; es würde aber schwierig und unverständlich sein, einen Antrag, der so nahe an die zur Diskussion stehende Materie stieß, ganz auszuschließen.

Präsident v. Beningen hält es wohl für zulässig, diesen Antrag mit zu diskutieren, falls die Redner für denselben nicht allzu sehr

ins Detail gehen; denn es sieht neben der Provinzialordnung und der Verfassung der Verwaltungsgerichte auch die Denkschrift über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung des preußischen Staates zur Verabstimmung.

Zuerst erhält das Wort gegen die Vorlagen der Abgeordneten von Heermann (Centrum): Für einen Vertreter der westlichen Provinzen ist es schwer, zu diesem Gesetz Stellung zu nehmen; denn die Provinzialordnung ist basiert auf die Kreisordnung, die zur Zeit für die westlichen Provinzen weder ergangen noch vorgelegt ist. Es fehlt uns daher zur Zeit noch jede Basis für die Beurteilung der Anwendbarkeit dieses Gesetzes auf die westlichen Provinzen. Über die Veränderung dieser Vorlage schwören eigenhändige Gerichte in der Lust. Es macht nicht gerade den günstigsten Eindruck, wenn man allerlei seitliche Einflüsse und seltsame Persönlichkeiten über der Geburt dieser Vorlage als eine Art Vorbehaltung warten sieht, die weder einsichtig noch wohlwollend sind. Unweigerlich entsprechen die bisherigen Provinzialstände in ihrer Zusammensetzung den realen Bedürfnissen der Zeit durchaus nicht mehr. Sie hatten bisher keine selbständige Stellung und Bespann, sondern waren wesentlich nur ein berathendes Organ, auf dessen Rath man fast nie Rücksicht nahm. Die Landtagsabschiede bestehen fast nur aus abhängigen Antworten in mehr oder minder freundlicher Form. In Folge dessen ist die Provinzialordnung allmählig in ein völliges Seichthum, so daß die Werthschätzung der Bevölkerung verloren und jetzt ohne Trauer dahin sterben, denn in dieser Vorlage wird ohne jede Rücksicht tabula rasa mit ihnen gemacht. Mit Pietät gegen frühere Verhältnisse und mit schroffer Hand in die neuen Verhältnisse hinzüberzuführen, diese Gabe scheint unserer Zeit abhanden gekommen zu sein. Das alte stirbt, es ändert sich, so aber wirklich neues Leben aus den Ruinen blüht, soviel mir sehr zweifelhaft und ich möchte es vorläufig noch bestreiten. Der größeren Selbständigkeit die den Provinzen gewillt werden soll, und der Entscheidung von Streitigkeiten im kontraktiven Verfahren stehen sehr erhebliche Mängel und Bedenken gegenüber. Bündlich soll die Wahl zu den Provinzial-Landtagen aus der Kreisversammlung vorgenommen werden, die aus den drei Wahlverbänden des Großherzogtums, der Land- und der Stadtgemeinde gewählt wird. Da erscheint es doch konsequenter und richtiger, aus diesen drei Wahlverbänden auch die Mitglieder des Provinzial-Landtages zu wählen. Sodann soll die Kreisversammlung unbedingt frei jedem Angehörigen des deutschen Reiches wählen können. Zur Fernhaltung politischer Strömungen wäre es doch nothwendig, die Wahlbarkeit auf die Angehörigen der einzelnen Kreise, resp. des einzelnen Wahlverbändes zu beschränken. Sodann, und dies ist ein Hauptdenken, erscheint die Organisation, die in dem Gesetz gegeben ist, unendlich kompliziert, nicht bloss in dem Instanzengang, sondern allein schon in der Menne der einzelnen Kollegien und korporativen Versammlungen und Behörden. Wir haben da eine Gemeindeversammlung, dann einen Ausschluß, dann eine Kreisversammlung, dann einen Kreisausschluß, dann einen Bezirksvorstand, dann einen Provinzialausschluß und schließlich schwer, hierüber noch ein besonderes Verwaltungsgericht, — das ist doch sicherlich des Guten zu viel. Woher sollen denn für alle diese Körperschaften die Personen bergenommen werden, zumal dazu noch der Landtag und der Reichstag kommt. Mindestens sollen doch Bezirksvorstandsgesetz und Bezirksausschluß kombiniert werden. Eine ganz besondere Unklarheit enthält der § 53: Darnach soll im Provinzialausschluß der Oberpräsident den Vorfall übernehmen, wenn über Angelegenheiten der allgemeinen Landesverwaltung berathen wird. Wie soll aber entschieden werden, ob eine Angelegenheit Sache der Provinzial- oder der allgemeinen Landesverwaltung ist? Beide greifen ja so vielfach ineinander über. Nun soll nach der Vorlage das Verwaltungsgericht über diese Frage entscheiden, aber praktisch ist dies ganz unausführbar. Wenn im Provinzialausschluß über den Vorfall Streit entsteht, wollen Sie da erst das Verwaltungsgericht zu Hilfe rufen? Vor Allem aber ist das gewöhlte Maß der Selbstverwaltung ungünstig und beschränkt. Zunächst ist das Recht statutarische Bestimmungen zu erlassen, außerordentlich eingeeignet, während doch gerade dieses Recht von der wirklichen Selbstverwaltung unzertrennbar ist. Man hätte eine Provinzialordnung nur in großen Grundzügen feststellen, die Ausführung aber den Provinzen überlassen sollen. Sodann ist die Bestimmung, wonach alle die in § 127 aufgezählten Beschlüsse des Provinzial-Landtages, welche der landesherrlichen Genehmigung bedürfen, ein harter Schlag gegen das Recht der Selbstverwaltung. Es athmet dieser Paragraph namentlich in denjenigen Nummern, die von der Belastung der Provinzialangehörigen durch aufzulegende Beiträge und von Veräußerung von Grundvermögen des Provinzialverbändes handeln, ein Mitleid, welches bei einer Körperschaft, die so große Interessen vertritt, und die eine so große Summe von Intelligenz und Fähigung zur Lösung ihrer Aufgaben voraussetzt, in keiner Weise gerechtfertigt ist. Wederhalb ferner eine Bestätigung des Landesausschusses rohvidig ist, sehe ich nicht ein. Sollte diese Bestimmung des Entwurfs aufrecht erhalten werden, ohne daß jedesmal bestimmt die Gründen angegeben werden, aus denen eine Bestätigung verlangt wird, so würde die Wahl dieses Ausschusses eine völlig illusorische. — In Betreff der Abgaben erscheint mir als der einzige richtige und zweckmäßige Weg, daß die Provinzen sie feststellen und die Kreise sie erheben. Dagegen kann ich das Gesetz über die Verwaltungsgerichte nur mit Freuden begrüßen; Organisation und Instanzengang sind klar und durchsichtig geordnet, wie denn überhaupt diese Vorlagen bei weitem sorgfamer ausgearbeitet sind, als wir das bisher, namentlich bei den Vorlagen aus dem Kultusministerium, gewohnt waren. Im empfehlenswerten Durchberatung dieser Gesetze eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Beispiel im Zentrum.)

Abg. v. Köller: Diejenigen, welche mit dem Vorredner den Vorwurf erheben, daß der Entwurf der Provinzialordnung zu viel Ordnung der Verwaltung und zu viel Behörden schafft, wollen entweder das Oberpräsidium streichen und damit die Geschäfte an die Regierungs-Präsidenten geben oder umgekehrt alle Regierungen an den Sitz des Oberpräsidiums verlegen und damit den Oberpräsidenten zum Chef der gesamten Verwaltung machen. Ich halte keine von diesen Ansichten für die richtige. Soll der letztere Weg eingeschlagen werden, so ist es unweigerlich, daß der Oberpräsident außer Stande wäre, alle ihm aufgerägteten Geschäfte zu bewältigen, er müßte sie also seinen Unterbeamten übertragen. Nun aber flügt sich bisher der Tadel und die Klage über die Maßnahmen der Regierung hauptsächlich darauf, daß sie schlecht berichtet werde, daß sie mit den thatsächlichen und persönlichen Verhältnissen ihres Bezirks nicht genügend vertraut sei und keine eigene Auskunft von den Dingen habe, die sie befürge. Dieses Unwissen würde offenbar vergrößert werden, wenn Sie die Regierungen von den einzelnen Verwaltungsorten noch weiter fortverlegen an den einen Ort des Oberpräsidiums; es ginge hierdurch der unmittelbare Verkehr mit den Eingefessenen des Bezirks völlig verloren. Soll aber das Oberpräsidium kassiert und sämtliche Geschäfte an die Re-

gierungs-Präsidenten verheitl werden, so fehlt Ihnen die höchst nothwendige Instanz, welche die Oberaufsicht über die gesamte Verwaltung in der Hand hat, die Gesamtbedürfnisse der Provinzen und Kreise übersehen kann und mit dem Provinziallandtag zu verhandeln hat. Es bleibt daher in dieser Hinsicht nichts übrig als es bei den Bestimmungen zu belassen, die der Entwurf feststellt. Sodann hat es der Vorredner für wünschenswert erklärt, die Bezirksausschüsse mit den Bezirksverwaltungs-Gerichten zu vereinigen. Auch wir erschien anfangs dies ein annehmbarer Gedanke, doch bei näherer Erwägung habe ich mich überzeugt, daß es durchaus zweckmäßig ist, beide Behörden zu trennen. Wir dürfen nicht vergessen, daß in dem Bezirks-Verwaltungsgericht zwei königliche Beamte sitzen, ein richterlicher und ein Verwaltungs-Beamter. Diese müssen wir also bei einer Kombination in den Bezirk ausdrücklich hinzunehmen, und das wäre ein offensichtlicher Widerbruch gegen das Prinzip der Selbstverwaltung. Gerade im Interesse dieser müssen wir die Trennung, wie sie der Entwurf ausspricht, gut heissen. Der Vorredner hat sodann den Kostenpunkt hergehoben. Freilich Geld kostet die Selbstverwaltung, darauf müssen wir uns einmal gefaßt machen, ich bin aber sehr gern mit dem Vorredner bereit, die Ausgaben auf das äußerste Maß zu beschränken. Wenn ich in all diesen Punkten dem Entwurf der Provinzial-Ordnung mich völlig anschließe, so muß ich dagegen einen entschiedenen Vorwurf erheben gegen die Bestimmungen, nach denen der Ausschuß des Provinziallandtages die Abgaben feststellen soll. Es würde die Ausführungen dieser Bestimmungen eine Kompliziertheit der Berechnung und eine Menge unnötiger Schreibweisen bewirken, welche mit dem Wesen der Selbstverwaltung ganz unvereinbar ist. Es gibt ja einen viel einfacheren Weg, nämlich den, daß der Provinziallandtag den einzelnen Kreisen ihr Kontingent auferlegt, und ihnen überläßt, wie sie dasselbe einnehmen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist dies auch dasselbe Prinzip, das wir in der Kreisordnung angenommen haben. Ich habe ferner an dem Entwurf auszuführen, daß der Fiskus, die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften nicht in derselben Weise, wie in der Kreisordnung, zu den Steuern herangezogen werden. Wenn Sie sehen, wie der Domänenbesitz in den verschiedenen Provinzen des Staates verheitl ist, so fällt Ihnen sofort der große Unterschied ins Auge, der hier zwischen den Provinzen Pommern, Brandenburg und Hannover einerseits und Rheinland andererseits obwaltet. In den ersten Provinzen finden Sie einen ganz kolossalen, in der letzteren fast gar keinen Staatsbesitz. Sollen nun nach diesem Entwurf die Provinzen nicht das Recht haben, den Fiskus in der Weise zu besteuern, wie es die Kreisordnung feststellt, so heißt das nichts Anderes, als daß Besteuerungsrecht derjenigen Provinzen, die viel Domänenbesitz haben, in hervorragender Weise eingeschränkt. Wir waren bei der Beratung der Kreisordnung darin einverstanden, daß es für die einen Provinzen schon an sich keine angenehme Situation sei, innerhalb ihrer Grenzen kein Domänenbesitz zu haben. Diesem Nachteil können wir doch unmöglich noch den großen Schaden hinzufügen, der ihnen daraus erwächst, daß sie zur Beiträgung der gemeinsamen Kosten dieses Staats Eigentum nicht sollen mitbesteuern dürfen. Das wäre gegenüber den anderen Provinzen eine offensichtliche Ungerechtigkeit. Ich sehe hier keinen anderen Ausweg, als daß wir das System, wie wir es einmal in der Kreisordnung festgestellt haben, auch in diese Vorlage hinübernehmen. Mit dem Antrage, für diese Vorlagen eine Kommission von 28 Mitgliedern zu wählen, bin ich einverstanden; doch wünsche ich, daß alsdann dieser Kommission auch das Dotalionsgesetz überwiesen werde.

Abg. Miguel: Es ist wohl an der Zeit, wenn wir eine so tief einschneidende Umwälzung unseres ganzen Behördenystems vornehmen, der Staatsregierung unsere Anerkennung auszusprechen für die Entschlossenheit und Kühnheit, womit sie konsequent dasselbe System auf alle Stufen der Verwaltung ausdehnt. Kaum jemals seit den Zeiten der Stein'schen Gesetzgebung ist ein so kühner und kräftiger Schritt geschehen; aber mit der Kreisordnung war der erste entscheidende Schritt gethan, der konsequent zu den vorzelegten Provinzialordnung führte. So kühn auch das Unternehmen ist, die Kommunal- und Staatsverwaltung aus der Hand bezahlter Beamten in die der Staatsbürger zu legen, die Bedenken sind schon wesentlich ge schwunden; die Kreisordnung hat sich bewährt; die Frage, woher sollen die Menschen kommen, ist schon durch die Wirklichkeit beantwortet, die Menschen haben sich gefunden. Derartige Aufrufe an die Bevölkerung haben immer ihre Antwort gefunden; man muß anerkennen, daß das Vertrauen der Gesetzgeber auf die offenkundige Mithilfe der Bevölkerung bei der Städteordnung, an der sonst manches zu tadeln ist, in keiner Weise getäuscht worden ist. Die Idee der Kreisordnung liegt wesentlich in folgenden Sätzen: Dass die staatlichen Angelegenheiten verwaltet werden von Organen kommunaler Körperschaften, nicht durch ad hoc gewählte, vom Staat beauftragte Personen, das ferner die ganze obrigkeitliche Gewalt eines Bezirks in einem Organe vereinigt ist, welches erst durch diese Einheitlichkeit die Kraft erhält, deren es in einer so disziplinierten Art wie die jetzige zweifellos ist, bedarf. Dieses Organ besteht aus Technikern, bezahlten Staatsbeamten und gewählten Vertretern des Bezirks. Wir haben verichtet, lediglich durch Ehrenämter die Verwaltung zu führen und haben den Landrat als bezahlten Staatsbeamten befreien lassen, der mit der laufenden Verwaltung beauftragt, täglich auf dem Platze und in technisch juristischen Fragen der natürlichen Verwaltung des Kreisausschusses ist. Der Kreisausschuss tritt nur zusammen, wenn es sich um organische Anordnungen und dauernde Maßregeln handelt. Diesen Aufbau finden wir in den Provinzen mehr oder weniger konsequent durchgeführt wieder. Neben dem Oberpräsidenten als Vorsitzenden des Provinzialausschusses ist laufende Verwaltung der staatlichen Angelegenheiten soll der Landesdirektor als Vorsitzender für die Verwaltung der kommunalen Angelegenheiten stehen. Dieses AuskunftsmitTEL hat mir außerordentlich widerstrebt und ich würde einen andern Weg, wenn er mir geboten würde, mit Freuden ergreifen; denn es scheint mir unmöglich so streng zwischen kommunalen und staatlichen Angelegenheiten zu scheiden. Aber wenn ich nicht den ursprünglichen von mir gewünschten Schritt thun will, den Oberpräsidenten auch an die Spitze der kommunalen Angelegenheiten zu stellen und damit dem Staat einen größeren Einfluss auf die kommunalen Angelegenheiten einzuräumen, so muß ich mich wohl dem Vorsthalte der Regierung anschließen. Dadurch bekommen auch die gewählten Vertreter der Provinz einen größeren Einfluss auf die staatlichen Verhältnisse. Ich möchte die Kommission dringend bitten, diese Frage nicht als eine entschiedene hinzunehmen, sondern sie genau zu prüfen; mit dieser Frage hängt auch das Aufsichtsrecht des Staates zusammen, welches ein anderes ist, wenn nur der Oberpräsident, als wenn mit demselben auch der Landesdirektor an der Spitze der Provinzen steht. Denn im letzteren Falle ist ein Gegensatz, ein Separieren der kommunalen und staatlichen Interessen nicht nur wahrscheinlich, sondern man schafft durch die Anstellung zweier Chefs einen gewissen künstlichen Gegenstand, der besonders dann bedenklich wird, wenn die Provinzen sich in ihrem Egoismus von der allgemeinen Staatsidee abwenden, oder wenn der Staat die Selbstständigkeit der Provinzen als seinem Interesse nicht zuträglich betrachten wollte. Was die Konstitution von Verwaltungsgerichten betrifft, so muß ich mich als entschiedener Anhänger der sogenannten Verwaltungsjustiz bekennen; ich bin dies nicht, weil ich die Idee für richtig halte, sondern, weil ich sie für eine gegebene Nothwendigkeit ansiehe, über welcher wir nicht hinwegkommen können, weil wir auf einem anderen Wege den ewigen Konflikt zwischen Justiz und Verwaltung, zwischen Zweckmäßigkeit und Recht nicht beseitigen werden; wir müssen besondere Verwaltungsgerichte haben, weil unsere gewöhnlichen Gerichte nicht gewohnt sind, öffentliches Recht zu judizieren (Sehr wahr!), weil ihre Gewöhnung lediglich eine privatrechtliche ist. Man besetzt den Verwaltungsgerichtshof nicht mit gelehrteten Richtern, die sich ja das öffentliche Recht leichter aneignen würden, sondern mit Männern der Verwaltung und mit Laien, weil wir es für wichtig halten, daß in denselben Personen sitzen, die Kenntnis und praktische Erfahrung der Verwaltung haben. Eine viel wichtigsere Abweichung von den Grundsätzen der Kreisordnung liegt in der Vertretung. Die Kreise nähren in den Provinziallandtag Interessengruppen, Städte, Landgemeinden und großen Grundbesitz; aus dieser Versammlung sollen mit Majorität die Mitglieder des Provinziallandtages gewählt werden. Das System der Interessenvertretung ist hierbei verlassen und an dessen Stelle die

unsägliche Majorität gesetzt, die in einzelnen Kreisen städtisch sein kann, die aber in der Regel ländlich sein wird. (Abg. v. Karow: Nein!) Ja, sie wird in der Regel ländlich sein. Kann es nun richtig sein, die Provinzialvertretung ein anderes Prinzip gelten zu lassen, vielleicht sogar auf die allgemeinen Wahlen zurückzugehen? Zur Abwehr dieser letzten Eventualität genügt keineswegs der Satz, daß man jetzt schon genau wählt. Kommt die Kommission dazu, daß System der Neuerung zu akzeptieren, weil es allerdings ein leichtes und einfaches ist — das ist aber auch der einzige Vorzug — dann wird man ferner prüfen müssen, ob die Gefahr der Unterdrückung der Minoritäten nicht in verbüten gefügt werden muß, vielleicht durch Zusammenlegen mehrerer Kreise bei der Wahl oder durch ein vorstehendes Mindestabstimmungssystem. Der schreckliche Widerspruch gegen das Prinzip der Kreisordnung besteht in dem Regierungspräsidenten. Der Regierungspräsident hat seine kommunalen Interessen hinter sich, er vertritt nichts, als sich selbst und seine burokratischen Aufgaben, ihm sind drei Bürkerausschüsse mitglieder nur als Ornament zur Seite gestellt. Der Regierungspräsident ist höchstens ein nothwendiges Lebend und man darf ihn nur soweit anerkennen, als er nothwendig erscheint, unter dem Bewußtsein, daß er immer ein Uebel sei. (Herrtert.) Die Regierung geht davon aus, daß es unmöglich sei, die verchiedenen Geschäfte, die Gemeinden und Kreise nicht haben und nicht haben können, auf die Provinz zu übertragen. Dieser Einwand ist sehr ernst. Es besteht allerdings eine große Gefahr, daß wir die Provinzialorgane derartig mit laufenden kleinen Bagatellen der Verwaltung überlasten, daß ihnen die Freude am Ehrenamt vergeht. Diese Gefahr erkenne ich an, und lasse mich ganz aufrichtig auf die Prüfung der Frage ein, wie weit wird mir nachgewiesen, daß Geschäfte vorhanden sind, welche die Provinzen und Kreise nicht übernehmen können. Ich habe die aufgeführten Geschäfte durchgesehen, kann mich aber zur Zeit nicht überzeugen, daß derartige ständige Regierungspräsidenten mit einer großen Anzahl von Nächten irgendwie notwendig sind. Wenn wir die Anzahl der Kreise immer mehr und mehr ausdehnen und ihnen die Regierung besonders in politischen Dingen größeres Vertrauen schenkt, wenn der Verkehr zwischen Kreis und Provinz immer leichter werden wird, so wird es sich zeigen, daß das, was wirklich zwischen beiden liegt, so minimal ist, daß man deswegen in der ganzen Monarchie kein systematisches und gleichmäßiges ständiges Organ zu schaffen braucht. Diese Frage führt mich auf die Integrität der alten Provinzialgrenzen. Man könnte wohl sagen, daß unsere Provinzen zu groß sind, um sofort über den Kreisen als obere Instanz konstituiert zu werden und man könnte deswegen auf die Regierungsbürokratie zurückkommen. Man hat an das historisch Gegebene angeknüpft, und ich behaupte, man hat daran sehr wohl gehan. Es ist ein wahres Glück für die deutsche Entwicklung, daß trotz der Zentralisation der Verwaltung die Provinzen noch in gewisser Beziehung historisch-politische Individualitäten sind. Wir würden die Organisation jetzt nicht durchführen können, wenn wir nicht noch die Provinzen streng von einander unterscheiden könnten. Wenn sie nicht im Bewußtsein der Bevölkerung noch unterschieden wären, müßten wir so verfahren, wie die Franzosen 1791, und nach der geographischen Lage, nach Flüssen und Bergen die Regierungsbürokratie machen. Unsere Provinzen sind allerdings von verschiedener Größe, wir haben kleine Provinzen und große mit über 3 Millionen Einwohnern. Wenn die Regierung aber behauptet, in allen Provinzen sei das Bedürfnis nach Regierungspräsidenten ein gleiches, so sage ich, sie hat darin vollständig Unrecht. Wir können hier diesen generellen Plan nicht akzeptieren, sondern es nur für einzelne entscheiden. Es würde dann aber zweckmäßig und nothwendig sein, den Provinzen die Entscheidung darüber zu belassen. Jedenfalls ist so viel gewiß, was wir von den Regierungspräsidenten los werden können, wird das Haus jedenfalls ab schaffen geneigt sein. (Sehr wahr!) Nun hat man von den entstehlichen Kosten der Selbstverwaltung gesprochen. Ich theile dies Entwickeln nicht. Ich glaube allerdings, daß die Selbstverwaltung teurer sein wird, aber dafür ist sie auch besser, ich behaupte aber, daß die Summe der materiellen und vor allem der moralischen Vortheile aus der Gründung der Selbstverwaltung und der Theilnahme der Bevölkerung an staatlichen Angelegenheiten gar nicht mit den Mehrkosten im Vergleich zu stehen ist. Wenn wir aber die Zahl der beauftragten Staatsbeamten beibehalten und daneben noch mehrere Tausende von Bürgern heranziehen, so wäre das ein schlechtes Resultat sein und uns vom Ausgangspunkt entfernen. Wir wollen nicht die Bürger neben den Staatsbeamten stellen, sondern die Staatsbeamten durch Bürger erziehen. — Dann können wir aber auch den Staat nicht in zwei Theile zerstreuen durften, daß man auf der einen Seite freie Selbstverwaltung, auf der andern Bürokratie hat; die Organisation darf auch nicht abhängig sein von momentanen Rämpfen. Es handelt sich hier um unabdingbare Idee; ich bin überzeugt, daß dieselben in einer Zeit auf alle Provinzen Anwendung finden müssen. Es handelt sich ja dabei nur um die Zeit. (Abg.) Jedenfalls ist das Bedürfnis in den Provinzen, wo die Kreisordnung besteht, größer als in den übrigen; denn in den alten Provinzen ist die Verwaltung in einer Umwälzung und Neuerung bearissen und muß ihren Abschluß finden. Wenn man nun sagt, man könnte die Provinzialordnung einführen, ohne eine Kreisordnung zu haben, so sage ich, das Abgeordnetenhaus wird das nicht thun. Die Organisation der Provinzialvertretung kann erst erfolgen, wenn eine Kreisvertretung auf moderner Grundlage erfolgt ist, sonst würde der Kreis in den westlichen Provinzen etwas Anderes sein, als in den östlichen; denn im Westen beruht er wesentlich auf den Gemeinden; ab einer Vertretung, bestehend aus den Bürgermeistern und einigen Notabeln, werden wir die Bevölkerung nicht geben, die ihr zugesetzt ist. Es muß hier konsequent, aber nicht nach einer Schablone gehandelt werden; wir werden einzelne Modifikationen machen müssen, aber die allgemeinen Grundlagen und namentlich die Bevölkerung müssen gleichzeitig sein im ganzen Staat. Wir werden der Regierung entgegenkommen und die besonderen Verhältnisse berücksichtigen, aber das allgemeine System muß unverwüstlich und ununterbrochen zur Anwendung kommen. Ich würde bei keiner Kreisordnung für die westlichen Provinzen stimmen, welche die Gefahr enthielt, daß die Kreisvertretung das Gemeindelichen auffasst oder zertümmt; dem deutschen Volksleben entspricht am besten die Gemeindeverfassung, an welcher sich allein das ganze Volk beteiligen kann. Die Gemeinden dürfen nur so groß sein, daß der einzelne Mann Abends nach der Arbeit in die Gemeindeversammlung gehen und noch vor nachtschlafender Zeit wieder zu Hause sein kann. (Heiterkeit!) Die Kräfte zur Bewahrung werden wir um so leichter finden, je weniger Belästigung wir ihnen auferlegen, je kleiner die Verbände sind, d. h. aber immer noch groß genug, daß sie den Aufgaben gewachsen sind, die ihnen auferlegt sind. Das Volk der Allgemeinen Wehrpflicht und der gleichmäßigen Besteuerung mit der Tendenz, die leistungsfähigsten am meisten zu besteuern, wird sich auch darin finden, an der Staats- und Kommunal-Verwaltung einen vorragenden Anteil zu nehmen. Wir wissen wohl, was wir unserem Volke zumuthen, und unsere Nachkommen werden es uns Dank wissen, daß wir das Vertrauen hatten, wie die heutige Generation der Generation der Freiheitskriege Dank weiß. (Beifall.)

Abg. Schütter (der erst später zum Wort gemeldet ist) bemängelt, daß die Kreis- und Provinzialordnung nicht auf Rheinland und Westfalen ausgedehnt ist. Als Grund hört man anführen, daß der kriegerpolitische Kampf es erfordere, den Provinzen eine größere Selbstverwaltung zu gewähren. Wie kann sich die Regierung über eine solche Generation wundern, hat sie doch selbst durch ihr Liebärgeln mit den Ultramontanen zur Erziehung derselben beigetragen. (Sehr wahr!) Dieses ganze Verhältnis kann man nun nicht mit ein paar Gesetzen beseitigen und die Organisation der Verwaltung bis zur Aufhebung dieser Missstände warten zu lassen, wird sich wohl nicht empfehlen. Nichts scheint mir aber bedenklicher, als wenn man auf den Raum der Selbstverwaltung ein bureaukratisches Pfropfspiel setzen will; es wird Spröllinge treiben, die sehr gefährlich wüchsen werden, und deren Befestigung nicht leicht sein wird. Wir hoffen, daß die Organisation der westlichen Provinzen ebenfalls beginnen würde; man hat es aber für angezeigt, gehalten, mit derselben zu warten; das ist ein großer politischer Fehler; wir haben an dem preußischen Partikularismus schon genug und brauchen keinen östlichen und westlichen mehr. Was die Stellung des Landesdirektors neben dem Oberpräsidenten

angeht, so meint der Redner, daß man die Entscheidung darüber den einzelnen Provinzen überlassen müsse; er befürietet übrigens die Notwendigkeit der Regierungspräsidenten, da die für sie in Aussicht genommenen Geschäfte alle auf die Kreis- oder Provinzialvertretung übertragen werden könnten.

Aba. Birchow: Die Staatsregierung wird sich wohl im Laufe dieser Debatten immer mehr davon überzeugen, daß es kein glücklicher Schritt war, ein Gesetz, welches in die Organisation der Regierungsbürokraten und in die neuen Gestaltungen des Rechtsweises bestimmend eingreift, als eine isolierte Erweiterung uns entgegenzubringen. In der Denkschrift sind die Gedanken der Regierung nur in den rohsten Umrissen ausgeführt. Insbesondere fehlt es an einer genauen Begrenzung der Kompetenz des Regierungspräsidenten und ich zweifele, ob dieser Mangel durch die Berathungen des Hauses wird erfüllt werden können. Das aber kann ich voraussagen, daß jedes Gesetz, welches hier gemacht wird, ein unbefriedigendes sein wird, wenn in demselben die Grenzen der Kompetenz zwischen den Staatsbehörden und den kommunalen Behörden nicht mit Angemessenheit festgelegt werden. Die Kommission wird daher vornahmlich in diesen Punkten eine Verständigung mit der Regierung suchen müssen. Die allgemeine Hinweisung, daß die Organe der Selbstverwaltung mitbehilft sein sollen, gewährt nicht die mindeste Garantie, daß übers Jahr dieselbe Meinung noch bei der Regierung bestehen wird. Es ist ja ein öffentliches Geheimnis, daß der Herr Minister des Innern noch bis vor wenigen Wochen die Meinung hatte, daß ein Gesetz von viel größerer Ausdehnung vorgelegt werden sollte; in letzter Instanz ist durch Einflüsse verschiedener Art mit einem Male ein Wechsel in seinen Anschauungen eingetreten und er kommt nun mit diesem Tore vor uns. Was hindert denn diese anderweitigen Einflüsse auch im nächsten Jahre sich geltend zu machen und zu sagen, der Staat könnte aus den Augen gehen, wenn den Bezirksausschüssen neue Kompetenzen zugewiesen würden? Und der Herr Minister, gefüllt wie er ist, würde nicht umhin können, solchen Betrachtungen Gehör zu schenken. Mit bloßen Möglichkeiten darf man in politischen Dingen nicht rechnen, selbst wenn sie im Augenblick alle Wahrscheinlichkeit für sich haben. Herr Abg. Miguel hält es nicht für nötig, einen generellen Plan aufzustellen; ich meine dagegen, daß man der einzelnen Landeshauptmannen alles das geben muß, was man der ganzen Provinz gibet; insbesondere eben so viele Instanzen und dieselbe Organisation derselben; ein genereller Plan muß also in der That existieren. Die Dinge müssen überall gewissermaßen schematisch angelegt werden, nur daß das Schema nach der Größe der verschiedenen Bezirke eine verschiedene Gestaltung erhalten muß.

Die Provinzen kann ich nicht mit Herrn Miguel für eine Art „historisch-politischer Individualitäten“ aufheben. Nirgends trifft eine solche Auffassung wohl so wenig zu, als bei den Provinzen des preußischen Staates. Mit Ausnahme etwa der Provinz Schlesien sind die übrigen Provinzen weitweise erst in neuerer Zeit so sehr zusammengefaßt, daß das historische Gefühl, was sie jetzt besitzen, ein sehr künstlich erzeugtes ist und keine tiefe Wurzeln hat. Aber das, glauben Sie, können wir aus der relativ kurzen Geschichte, welche viele unserer Provinzen haben, ableiten, daß ihre Bevölkerungen im Allgemeinen ihnen leicht wird, sich zusammenzufinden, ihre Interessen zu vereinigen. Dies ist auch die hohe Aufgabe, welche zu verfolgen die Gesetzgebung insbesondere bestimmt ist. Ich wenigstens habe stets eine Entwicklung in Deutschland für nötig gehalten, wobei gerade die Provinzen als die hauptsächlichsten politischen Körper erscheinen und wobei das, was wir jetzt die Länder nennen, nach und nach abschwinden wird. Ich war stets der Meinung, daß es ganz an uns steht, in dem Augenblick, da das deutsche Reich diejenigen Sicherheiten der Entwicklung bietet, die für eine weitere politische Organisation des Volkes die Unterlage geben, den gegenwärtigen Staat Preußen aufzugeben und ganz und gar in Deutschland aufzugehen. Da wir aber im Augenblick noch Preußen bleiben müssen, so bleibt allerdings nichts Anderes übrig, als ein preußisches Ministerium zu haben. Dagegen sollte uns nichts hindern, die höheren politischen Biege mit in diese Beratung hineinzubringen, aus dem Ministerium möglichst viel herauszunehmen und in den Provinzen möglichst viel hinzuzulegen; in ihnen die Grundlagen der künftigen Organisation des deutschen Reiches zu schaffen. Wir müssen deshalb eine wirkungsvolle Provinzialverwaltung haben und die Centralisation möglichst aufzugeben; auch in Frankreich sind die Parteien bestrebt, an Stelle der spinngewebartigen Centralisation eine Dezentralisation an Stelle einer Einrichtung, welche jeder beliebigen Revolution in Paris stattet, mit einem Male die Fäden aller Departements in die Hand zu nehmen, eine selbständige Entwicklung in die Departements zu bringen. Darin stimme ich mit dem Abg. Miguel überein, daß die in der Vorlage präzisirte Stellung des Regierungspräsidenten eine unannehmbar ist. Derselbe soll sich z. B. auch mit den Wahlen zum Landtag und Reichstag beschäftigen. Was ist damit gemeint? Er wird ja natürlich von den Wahlen Kenntnißnehmen und seine Stimmette abgeben (Heiterkeit), aber dorthin, wie Dr. v. Kampf oder Dr. Maurach herumreisen und es für seine Blüte erachten sollte, Wahlen im Sinne der Regierung zu Stande zu bringen, das liegt doch wirklich in Niemandes Interesse. Und wenn die Wahlen zu Ende sind, so werden die Alten inrangspräsidenten. Ebenso geht es mit vielen anderen Dingen. Allerdings halte ich es nicht für eine conditio sine qua non, daß die Regierungspräsidenten absolut beseitigt werden; wir sind eben abhängig von dem, was sich aus einer genauen Prüfung der einzelnen Verhältnisse ergeben wird. Wir verlangen aber einen bestimmt vorgezeichneten Kursus überlegen zu sein, als was diese Nähe erscheinen. Auf einer Seite erscheint der Regierungspräsident als einzige verantwortliche Person, dann sind ihm wieder Kollegen beigegeben. Man kann doch aber die Menschen nicht umkrempeln wie einen Handtuch; Menschen, die bis 9 Uhr nur einfache Untergesetzte des einzigen verantwortlichen Präsidenten sind, können doch nicht um 9½ Uhr mit einem Male als unabänderliche Personen im Kollegium sitzen und mit ihrem Chef gleichsam als Gerichtshof disziplinarisch über andere Personen richten.

Ein Punkt endlich ist in der Vorlage vergeben, nämlich die Stellung der öffentlichen Gesundheitspflege. Nur gelegentlich ist an einzelnen Punkten davon die Rede. Die Regierung scheint sich noch immer nicht von der großen Bedeutung überzeugt zu haben, welche für die Entwicklung des Volkes in einer geordnetlichen Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege ruht. Wenn der Herr Minister des Innern einmal sehen will, was die konservative Regierung in England thut, was gerade jetzt in der neuesten Thronrede wieder angekündigt wird, so wird er sich leicht überzeugen können, wie seit Jahren und gebildet wird. Dieselbe aber kann nicht wirklich werden, wenn man nicht die gehörigen Organe schafft, um sie praktisch ins Leben zu rufen. Ich weiß aber in der That nicht, wie eine solche Organisation geschafft werden soll, wenn der Regierungspräsident als der eigentliche Mittelpunkt derselben erachtet. Wie die Regierung sich in Beziehung auf die Schulangelegenheiten dafür entschieden hat, ein Provinzialkollegium als bestimmdes Institut zu schaffen, die durch die ganze Provinz hindurch die Organisation der Schulen im Ganzen zu überwachen hat, so wird sie auch in Bezug auf die öffentliche Gesundheitspflege vor gehen müssen und eine technische Kollegial-Instanz schaffen, welche die generelle Beaufsichtigung und Initiative hat; dann kann sie nachher unbeschadet der Disziplin den aus der Selbstverwaltung hervorgegangenen Organen auch die Sorge für die öffentliche Gesundheitspflege überlassen. In Beziehung auf die ländlichen Bezirke ist durch die Kreisordnung schon vorgesorgt, in den Städten aber fehlt hierüber jede Bestimmung. Ich halte es daher für überaus wichtig, daß die Regierung bei Seiten in das System ihrer Organisationen das Provinzial-Medizinal-Kollegium als eine aktive und mit bestimmten Verwaltungsbefugnissen ausgestattete Instanz

aufnimmt, von der aus dann die generellen Anweisungen nach den eignen Verwaltungsinstanzen auszugehen haben. So kann man dahin kommen, daß man mehr und mehr die aufzuführenden Instanzen als durchaus selbständige wirken läßt. Wir leben an der Vergangenheit Englands, wie bald die Organe der Selbstverwaltung die Stelle der königlichen Beamten erlegen, wenn die Selbstverwaltung sich erst einigermaßen eingelebt hat. In demselben Maße vermindern sich dann auch die Streitigkeiten in Verwaltungssachen und damit die Thätigkeit der Verwaltungsgesetzte. Die Summe der Arbeit rückt in der That mit den Instanzen, die bloße Möglichkeit einer Gegenland noch weiter zu verfolgen, ist für die Leute ein Motiv, es zu thun. Am Schlus noch ein paar Worte über unsere Auffassung der Sache! Das nothwendige Bedürfnis einer analogen Organisation haben die Provinzen Rheinland und Westfalen, bei den anderen ist es weniger dringend. Die Herren aus Posen können zwar stets auf meine Mitwirkung rechnen, bei Hannover, Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein sind die Verhältnisse aber etwas abweichender Natur und wir werden zunächst abzuwarten haben, was die Regierung thut. Dagegen betrachten wir die Heranziehung unserer beiden weiflichen Provinzen zu der Organisation als eine dringliche und unabwendliche, und wir würden das Zustandekommen des Gesetzes allenfalls von der Bedingung abhängig machen, daß die Regierung auch die Gesetze für Rheinland und Westfalen sofort mit einbringt. Wir sind eventuell bereit, mit der Kreisordnung für die östlichen Provinzen noch ein Jahr zu warten, allein ich habe aus guter Quelle gehört, daß der Minister eigentlich schon fertig war, daß nur äußere Gründe vorhanden sind, die ihn hinderten, (Hört!) so daß, falls diese nicht vorhanden wären, es nur kleiner Abänderungen des Gesetzes bedürfe, um es auf Rheinland und Westfalen anwendbar zu machen. Wenn die Regierung die Provinzen ihrer kirchlich-politischen Haltung wegen damit strafen wollte, daß sie ihnen noch eine inferiore Stellung in Beziehung auf die Organisation ihrer Verwaltung beläßt, so würde das eine so unpolitische Maßregel sein, als nur irgend denkbar wäre. Ich bin im Gegentheil der Meinung, daß gerade auf dem Wege der direkten Beteiligung an den Verwaltungangelegenheiten sowohl der Kirche, wie der Gemeinde und des Staates, die einzelnen ein viel größeres Motiv der Verhöhnung finden werden, als auf irgend einem anderen Gebiete. (Beifall links.) (Schluß folgt.)

Lokales und Provinziales.

Posen, 10. Februar.

Am 9. d. M. fand in Nakel eine Versammlung des ständigen Eisenbahn-Komitee's, so wie einer größeren Anzahl von Interessenten der Kreise Gnesen, Wongrowitz, Schubin, Wirsitz, Flastow, Konitz und Bromberg statt, um über die baldige Ausführung der projektierten Eisenbahn von Gnesen über Nakel nach Conitz, im Anschluß an die Oels-Gnesener Eisenbahn, zu berathen. Die Versammlung ging von der Ansicht aus, daß die Eisenbahnlinie Oels-Gnesen, deren Eröffnung im Laufe des Sommers bestimmt zu erwarten ist, nur dann Aussicht auf Rentabilität und einen mehr als lokalen Nutzen für die Provinz gewähren könne, wenn ihre Fortsetzung nach Norden, über Nakel nach Conitz erfolge. — Die anwesenden Vertreter der beteiligten Kreis-Korporationen sprachen die Versicherung aus, daß letztere gern bereit seien würden, zur Ausführung jenes Projektes erhebliche Opfer zu bringen, wogegen allerdings auch dahin gewirkt werden müsse, daß die Provinz und der Staat, etwa durch Gewährung von entsprechenden Bau-Prämien pro Meile, dem Unternehmen ihre Unterstützung zu Theil werden ließen. Endlich wurde beschlossen, dem Herrn Handels-Minister angiebend die gefertigten Vorarbeiten zu überreichen, mit der Bitte, dieselben einer technischen Vorrevision unterziehen zu lassen und sich dahin zu äußern, an welche speziellen Bedingungen er event. die Erteilung der Bau-Koncession künften würde.

In einer Polemik mit dem „Dienst“ über den letzten polnischen Aufstand vom Jahre 1863 äußert sich der „Kurier Poznański“ wie folgt:

Ungefährlich waren alle unsere Revolutionen von der Konföderation in Var beginnend bis zum Jahre 1831, wir hätten besser gehabt, wenn wir uns von der Hitze nicht hätten fortreiben lassen und ruhig für Polen auf dem Wege der Arbeit und Ausdauer gearbeitet hätten. Trotzdem ist für uns die Erinnerung an die Helden der Konföderation von Var eine heilige, theuer die Gestalt des Patrioten und des großen Volksführers Kościuszko, welcher durch seinen revolutionären Busas die nationale Ehre zu befrieden gestattete. Aber dies durch und durch polnischen Gestalten lassen wir nicht mit der unseligen Revolution von 1863 verbinden, welche uns eine geheime Regierung, revolutionären Terrorismus, italienische Dolche und Gifte gebracht hat und durch ihre Ziele einer kosmopolitischen Revolution den treuen nationalen Geist und die von Flecken reine Geschichte Polens bestellt hat.

Berichtigung. In dem ersten Lokalartikel unserer heutigen Morgennummer ist ein sinnentstellender Druckfehler stehen geblieben. Es muß nämlich nicht heißen, daß derjenige, welcher mit uns den „Dienst“ Poznański“ liest, zu der Überzeugung kommen muß, sein Programm in Betreff Russlands habe bei dem polnischen Publikum fast allgemeinen Beifall gefunden, sondern: derjenige, welcher nur den „Dienst“ Poznański“ liest.

? Kreis Pleschen, 8. Febr. [Schulstatistik]. Im vorigen Jahre bestanden im Reg. Posen 84 Lehrer die erste, 28 die zweite Prüfung; entlassen wurden 22 Lehrer, 11 wurden emeritiert, 22 starben. Fakultät wurden 217 Lehrerstellen. Der Lokal-Schulinspektion wurden erhalten 118 Schulinspektoren.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Preußische Bank. Wochen-Uebersicht vom 6. Februar 1875.

Aktiva.

1. Geprägtes Geld und Barren	Mark 614,535,000 +	3,147,000
2. Kassen-Anweisungen, Privat-Banknoten u. Darlehenskassen-Scheine	= 8,669,000 -	712,000
3. Wechsel-Bestände	= 320,505,000 -	9,349,000
4. Lombard-Bestände	= 56,977,000 +	124,000
5. Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	= 14,590,000 +	66,000
Passiva.		
6. Banknoten in Umlauf	Mark 770,647,000 -	14,130,000
7. Depositen-Kapitalien	= 101,807,000 +	690,000
8. Guthaben der Staatskassen, Institute und Privatpersonen, mit Einfüllung des Giro-Buches	45,096,000 +	4,303,000

Aus der vorstehend veröffentlichten Wochenübersicht scheint in der That zu erblicken, daß die deutsche Regierung an dem vorwöchentlichen London Goldabflusse beteiligt gewesen. Das Staatsguthaben ist um 4% Millionen Mark und der Metallschatz um 3% Millionen gewachsen. Im Uebrigen ist gleichzeitig der Vorrath an Kassenscheinen um gegen 2% Millionen gestiegen und die Notenirkulation um 14 Mill. reduziert. Aber diese letzteren Besseränderungen sind vornehmlich das Resultat einer retrograden Bewegung im Wechselgeschäft, welche die Bestände des Portefeuilles wieder um 9% Millionen gemindert hat.

** Eisenbahn-Kommissariat in Breslau. Nach Uebertragung der Verwaltung der Oberschlesischen und der Wilhelmsbahn an den Staat ist das Eisenbahn-Kommissariat in Breslau aufgelöst und dessen Bezirk mit dem des Kommissariats in Berlin vereinigt worden. Inzwischen sind in Schlesien, Posen und der Lausitz neue Privatbahnen entstanden und hat der Geschäftskreis des Eisenbahn-Kommissariats in Berlin hierdurch, wie durch die Erweiterung der Privatbahnen in Pommern, Brandenburg, Sachsen und Hannover einen zu ausgedehnter Umfang gewonnen. Es ist deßhalb, wie der „Berl. Act.“ meldet, die Wiederherstellung des Kommissariats in Breslau in Aussicht genommen.

** Pommersche Centralbahn. Nach einer der „Börs. Blg.“ zugegangenen Nachricht hat der Finanzminister nunmehr eine bestimmte Erklärung dabey abgegeben, daß er keinerlei Veranlassung zur Herausgabe der für die Pommersche Centralbahn gestellten Caution anuerennen vermöge und dieselbe daher verweigere. Es dürften hierdurch — wenn sich die Nachricht bestätigt — die Hoffnungen auf das Zustandekommen einer neuen Gesellschaft für Aufbau und Ausbau der Bahn leider von neuem beeinträchtigt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen

Breslau, 10. Februar. Im Abgeordnetenhaus hielt gestern der Finanzminister eine Rede, in welcher er den von der Regierung vorgeschlagenen Modus der Regelung des Staatshaushalts als einzig zweckmäßigen bezeichnete und nachwies, daß wenn die Regierungsvorschläge angenommen würden, eine Regelung des Staatshaushalts bis 1877 möglich wäre. Der Schlus der Debatte findet wahrscheinlich am Freitag oder Sonnabend statt.

Madrid, 10. Februar. Dreitauseno Carliden überfielen eine Abtheilung der Garnison von Daroca. Rome hat gemeldet, daß der Brigadier Oviedo Usubil (Guipuzcoa) besiegt habe.

Logrono, 9. Februar. König Alfons ist hier eingetroffen und reist morgen nach Miranda und Burgos weiter. Es heißt Laferna habe seine erbetene Entlassung erhalten. Als Nachfolger wird Moriones, oder Jovellar genannt.

Gewinn-Liste der 2. Klasse 151. k. preuß. Klassen-Lotterie. Nur die Gewinne über 90 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthesen beigefügt.

Berlin, 9. Febr. Bei der heute angefangenen Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

5 33 85 176 242 69 594 (120) 642 56 77 79 848 96 924 67 1025 46 235 75 330 41 48 (120) 413 23 27 580 638 45 97 815 595. 2039 101 16 33 59 61 250 64 (120) 75 376 (120) 455 534 58 753 58 809 (240) 57 90 98 945 72 (150) 74 93 3005 44 103 14 207 79 (120) 348 55 84 (120) 86 409 56 63 624 29 721 35 67 83 86 99 870 96 4039 (180) 41 239 54 310 434 83 (120) 87 519 616 726 978 5114 27 (240) 54 242 46 (120) 52 (150) 73 333 39 471 543 618 29 (120) 58 84 98 722 32 71 892 99 (150) 908 6017 50 75 84 106 216 306 19 91 405 31 59 79 97 509 13 72 685 88 759 70 (120) 89 (120) 814 927 (240) 7028 (120) 165 491 503 (120) 82 88 696 791 812 (120) 49 75 903 50 64. 8008 23 31 76 109 29 47 234 85 88 416 46 (150) 616 51 59 745 91 883 53 931 64. 9020 27 65 120 (150) 56 76 84 271 456 93 614 864 92 929 65 91. 10040 238 44 72 336 (180) 61 408 503 43 631 735 (120) 41 44 58 (120) 63 805 46 95 938 63 76 83 91 93. 11034 192 223 30 46 72 87 375 90 445 70 523 24 79 81 609 62 (150) 715 27 74 81 947 49 89 92 98 12022 53 66 196 256 85 308 11 17 (180) 28 38 76 95 425 28 46 82 600 53 704 827 (240) 53 (180) 61 73 85 87 984 13002 26 89 150 61 233 319 49 84 449 855 76 98 908 86 14029 125 44 82 309 (120) 33 75 402 570 91 (120) 670 99 712 98 800 88 918 95 (120) 15039 48 55 156 77 78 217 33 363 68 517 608 998. 16103 40 46 51 316 539 40 45 66 642 708 70 817 60. 17074 82 208 372 436 524 48 50 66 603 10 24 (120) 91 779 89 8' 6 65 919 (120) 71. 18026 67 116 23 58 63 209 17 306 427 (150) 65 67 81 543 89 606 24 741 845 86 95 957 78. 19008 15 (120) 183 226 32 50 88 98 343 413 15 98 537 73 669 750 94 (120) 837 909.

20036 (180) 76 83 94 103 6 229 77 79 98 371 (180) 483 567 (120) 72 (150) 711 909 88. 21123 217 98 348 454 91 589 622 182 732 59 943 (200) 84 217 94 393 408 578 653 862. 23098 166 79 220 94 301 56 411 27 45 532 90 671 76 739 62 821 51 982. 24054 121 48 50 74 213 89 361 (120) 93 511 41 627 (150) 874 79 915. 25 55 98 127 89 213 348 83 (120) 465 574 616 21 95 781 91 817 54 931 78 87. 26007 54 91 108 34 60 90 94 291 374 86 478 (150) 501 643 70 710 819 959 88. 27051 (120) 63 116 294 304 87 453 75 525 36 38 603 46 (180) 709 26 (120) 30 78 809 (120) 95 953 (120). 28034 53 81 103 16 74 80 235 51 62 77 303 14 26 73 86 (180) 95 415 47 85 (120) 501 8 73 631 64 91 741 42 50 (120) 52 90 (150) 826 56 908. 29137 223 28 94 376 429 64 56 648 781 (120) 95 840 (120) 65 936 86.

30005 61 62 133 39 40 45 48 62 (180) 97 (180) 215 (120) 17 22 (120) 24 71 86 97 313 86 447 (120) 532 649 (120) 718 33 54 96 817 (240) 39 913. 31027 111 87 95 299 370 91 459 543 645 716 32 47 66 (120) 82 863 937 41. 32032 43 61 100 49 (120) 232 34 41 (300) 321 (120) 70 426 502 4 17 58 (180) 98 (120) 722 58 62 86 801 60 86 96 919 27 35 (120) 56 (150) 57 58 73 87 33032 (180) 65 85 114 19 70 325 35 73 78 400 579 600 21 98 950 51. 34074 83 94 101 40 236 79 305 457 92 539 622 46 62 95 813 76 918 23 48 50 83 94 (120). 35026 89 103 12 (600) 31 49 91 321 (180) 50 55 (120) 416 52 66 81 (120) 82 531 (120) 67 91 616 705 6 36 43 53 98 809 13 42 914 50 74. 36053 62 144 216 86 305 34 75 438 96 588 607 51 99 707 24 52 74 813 30 (180) 950 84 95. 37025 53 74 112 77 92 200 53 71 378 444 73 99 503 16 42 703 13 58 82 86 863 931 69 84 95. 38000 55 105 49 90 225 33 59 50 (120) 72 81 87 322 53 67 90 412 61 (120) 504 99 605 57 69 91 734 45 70 960 69 70. 39054 118 82 84 242 358 458 79 81 521 67 68 89 611 26 812 (120) 18 49 85 901.

40020 31 57 194 359 441 (120) 46 (120) 47 85 (120) 577 (150) 98 706 (240) 17 74 77 85 (180) 93 966 82 94. 41004 9 260 (120) 77 84 342 (180) 49 54 442 77 563 86 616 62 92 785 810 42 (120) 44 48 92 (120) 911 69 94. 42043 60 179 236 73 88 383 95 405 6 702 812 36 76 908 21 34. 43001 17 90 127 223 405 69 89 563 670 84 865 88 928 29. 44026 38 65 98 99 278 91 329 (180) 57 463 99 510 51 81 607 57 728 823. 45056 162 299 343 488 531 86 (180

Produkten-Börse.

Berlin, 9. Februar. Wind: N. Barometer 27, 11. Thermometer früh - 1° R. Witterung: bedeckt.

Der Terminhandel in Roggen gestaltete sich heute ziemlich lebhaft. Anfänglich war die Stimmung flau und das Angebot im Übergewicht, so daß die Preise weiteren Rückgang erfahren haben, schließlich fanden wir die Preise ungefähr auf gehrigem Standpunkte. Ware ist noch sehr vernachlässigt und der Verlauf blieb schwierig. Getündigt 2000 Etr. Kündigungsbreis 144,50 Rm. per 1000 Kilgr. — Roggenmehl flau — Weizen anfänglich stark gedrückt, war später recht fest bei knapperem Angebot und erholt sich heimlich vollständig. — Hafer loho wenig verändert; nur seine Ware ist beachtet. Termine schwankend, schließen eher fest. — Rübböhl ohne wesentliche Aenderung und wenig belebt. — Spiritus sehr matt. Preise zu Gunsten der Käufer.

Weizen loho per 1000 Kilgr. 165-207 Rm. nach Dual. gef., günstiger per diesen Monat —, April-Mai 177-178 Rm. b., Mai-Juni 178,50-177,70 179 Rm. b., Juni-Juli 181,50-180-181,50 Rm. b.,

Breslau, 9 Februar.

Achwartend.

Freiburger 22, 25. do. junge —. Oberschles. 144, 50 R. Oder-Ufer-St. 112, 00. do. do. Prioritäten 113, 00. Franzosen 528, 00. Lombarden 233, 00. Italiener —. Silberrente 69, 65. Numäder 34, 25. Bresl. Diskontobank 82, 00. do. Wechslerb. 75, 50. Schles. Bankv. 105, 25. Kreditaktien 399, 50. Lainrhütte 119, 00. Oberschles. Eisenbahnb. —. Österreich. Bank 183, 40. Russ. Banknoten 288, 50. Schles. Ver. ins. bank 91, 50. Deutsche Bank —. Breslauer Priv. Wechslerb. 75, 75. Krautka 90, 00. Schlesische Zentralbank —. Bresl. Delf. —.

Telegraphische Korrespondenz für Bonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 9. Februar Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlusskurse.] Londoner Wechsel 204, 90. Pariser Wechsel 81, 50. Wiener Wechsel 182, 80. Franzosen *) 266. Böh. Westb. 172, 5. Lombarden *) 121, 5. Galiner 213, 5. Elisabethbahn 169, 5. Nordwestbahn 137. Kreditaktien 201, 5. Russ. Bodenfr. —. Russen 1872 101, 5. Silberrente 69, 5. Papierrente 61, 5. 1860er Weise 115, 5. 1864er Weise 309, 00. Amerikaner da 98, 98%. Deutsch-Österreich. 84. Berliner Bankverein 79, 5. Frankfurter Bankverein 79, 5. do. Wechslerbahn 87, 5. Bankaktien 87, 2. Meininger Bank 90. Hahn'sche Effektenbank 112, 5. Darmstädter Bank 143, 00. Brüsseler Bank 102, 5.

Von den internationalen Spekulationspapieren Kreditaktien fest, Banken belebter, meist höher, Weise beliebt, Anlagewerthe, Bahnen fest.

*) per medio resp. per ultimo.

Juni allein 177, 50 Rm. b., Juli-August —. Roggen loho per 1000 Kilgr. 144-164 Rm. nach Dual. gef., inländ. 153-160, 50 ab Bahn b., russischer 138-145 do., per diesen Monat 145-144-145 Rm. b., Febr.-März —. Frühjahr 142-141, 50-142, 50 Rm. b., Mai-Juni 141, 140-141 Rm. b., Juni-Juli 141-140-141 Rm. b., Juni allein 140, 50 Rm. b., —. Gerste loho per 1000 Kilgr. 144-191 Rm. nach Dual. gef. — Hafer loho per 1000 Kilgr. 160-190 Rm. nach Dual. gef., galiz. u. ungar. 162-174, vorm. u. medl. 180-186, russ. 164 a 176, oft u. weitreich. 166 a 176 ab Bahn b., per diesen Monat —. Frühjahr 166-167, 50-167 Rm. b., Mai-Juni 160, 50 161 Rm. b., Juni-Juli 160, 50 Rm. b., Juni allein 160, 50 Rm. b., Juli-August —. Erbsen per 1000 Kilgr. Kochware 187-234 Rm. nach Dual. Futterware 177-186 Rm. nach Dual. — Kaps per 1000 Kilgr. — Leinöl loho per 100 Kilogr. ohne Faz 62 Rm. b., — Rübböhl per 100 Kilogr. loho ohne Faz 53 Rm. b., mit Faz —, per diesen Monat 53 Rm. b., Febr.-März do., April-Mai 54 Rm. b., Mai-Juni 54, 5 Rm. b., Sept. Ott. 57, 5 Rm. b., — Petroleum raffin. (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faz loho 27 Rm. b. u. B., per diesen Monat 26, 20 Rm. b., Febr.-März 25, 20 Rm. b., April-Mai 24, 50 Rm. B. Seif-Oktober 26, 75 Rm. B. — Spiritus per 100 Liter a 100 pEt. —

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 201, 5. Franzosen 265, 5. Lombarden 120, 5.

Frankfurt a. M., 9 Februar, Abends. [Effekten-Sozietät.] Kreditaktien 202, 5. Franz. 265, 5. Lombarden 119, 5. Galiner 215, 5. Bankaktien —. Darmstädter Bankaktien —. Meiniger Bankaktien —. Brüsseler Bank —. Spanier. Fest.

Wien, 9. Februar. Anfang fest, ermittelte die Börse im weiteren Verlauf auf Realisierungen etwas, schloß aber in Folge günstiger Berliner Meldungen sehr anwirt. Balata steifer, Staatsloose gefragter.

Nachbörse: Recht fest. Kreditaktien 220, 75. Franzosen 294, 00. Galiner 234, 50. Anglo-Austr. 132, 75. Unionbank 100, 00. Lombarden 136, 50. Ungar. Weise —. Nordbahn —.

[Schlußcourse.] Papierrente 70, 90. Silberrente 75, 85. 1854er Poese 105, 00. Bankaktien 95, 50. Nordbahn —. Kreditaktien 221, 25. Franzosen 292, 50. Galiner 235, 50. Nordwestbahn 151, 20. do. Lit. B. 73, 00. London 111, 50. Paris 44, 20. Frankfurt 54, 25. Böh. Weißbahn —. Kreditloose 165, 25. 1860er Weise 110, 80. Lomb. Eisenbahn 135, 75. 1864er Weise 140, 80. Unionbank 102, 10. Naglo-Austr. 135, 25. Austro-türkische —. Papierrente 8, 91. Duafaten 5, 25. Silbercoupons 105, 75. Elisabethbahn 186, 00. Ungarische Brämenanleihe 83, 20. Preußische Banknoten 1, 63, 5.

Wien, 9. Februar. Nachmittags 12 Uhr 10 Minuten. Kreditaktien 220, 40. Franzosen 293, 00. Galiner 234, 50. Anglo-Austr. 133, 50. Unionbank 101, 00. Lombarden 135, 25. Recht fest.

London 9 Februar. Nachmittags 4 Uhr. Aus der Bank flohen heute 3,000 Pfds. Sterl. Plagniskout — pEt.

10,000 pEt. loho ohne Faz 56 Rm. b., per diesen Monat —, loho mit Faz —, per diesen Monat 57, 4-57, 2 Rm. b., Febr.-März do., März-April —. April-Mai 58, 4-58-58, 2 Rm. b., Mai-Juni 58, 5-58, 1-58, 2 Rm. b., Juni-Juli 59, 4-59-59, 2 Rm. b., Juli-August 60, 4-60-60, 2 Rm. b., Aug.-Sept. 60, 5-60, 4 Rm. b., — Wechsl. Weizenmehl Nr. 0 26-25 Rm. b., Febr.-März do., April-Mai 26, 5-26, 5 Rm. b., May-Juni 26, 5-26, 5 Rm. b., Sept.-Okt. 26, 5-26, 5 Rm. b., — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inf. Sac. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inf. Sac per diesen Monat 20, 65-20, 60 Rm. b., Febr.-März do., Mai-Juni do., April do., April-Mai 20, 75-20, 60 Rm. b., Mai-Juni do., Juli-August do. (B. u. S. B.)

Wasserstand der Werthe.

Posen, am 8. Februar 1872 12 Uhr Mittags 2,80 Meter.
= 9. = = = = 1,45 =

Spanier 23, 5. 6 proz. ungar. Schachbons 91, 5.

Konsols pr. Febr. 92, 5. Italien. 5proz. Rente 67, 5. Lombarden 12, 5 proz. Russen de 1871 101, 5. 5 proz. Russ. de 1872 100, 5. Silber 57, 5. Türk. Anleihe de 1865 42, 5. 6 proz. Türken de 1869 56, 5. 6 proz. Vereinigt. St. v. 18-2 104. do. 5 pEt. fundirte 102, 5. Österreich. Silberrente 68, 5. Oesterri. Papierrente —.

Wechselnotrungen: Berlin 20, 69. Hamburg 3 Monat 20, 69. Frankfurt a. M. 20, 69. Wien 11, 35. Paris 25, 45. Petersburg 32, 5.

Paris, 9. Februar. Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 64, 77, 5. Anl. de 1872 101, 90, 5. Italiener 68, 52, 5. Franzosen 65, 5. Lombarden 306, 25. Türken 42, 40. Spanier 23, 5. Fest.

Paris, 9. Februar. Nachmittags 3 Uhr. Spanier expt. 23, 5. do. inter. 18, 5. Fest.

[Schlußkurse.] 3 prozent. Rente 64, 92, 5. Anleihe de 1872 101, 97, 5. Ital. 5proz. Rente 68, 60. Ital. Tabakaktien —. Franzosen 653, 00. Lombard. Eisenbahn-Aktien 301, 00. Lombard. Prioritäten 245, 50. Türken de 1865 43, 02, 5. Türken 1869 292, 50. Türkenloose 125, 50.

New-York, 8. Februar, Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchst Notirung des Goldgros 14, 5. niedrigste 14, 5. Wechsel auf London in Gold 4 D. 86 C. Goldgros 14, 5. 1/20 Bonos de 1885 119, 5. do. neue 5proz. fundirte 115, 5. Bonos de 1887 —. Erie-Bahn 27, 5. Central-Pacific 97. New-York Centralbahn 101, 5. Baumwolle in New-York 15, 5. Baumwolle in New Orleans 15, 5. Mehl 5 D. 00 C. Raffin. Petroleum in New-York 14, 5. do. Phosphate 14, 5. Raffin. Frühjahrswochen 1 D. 18 C. Mais (old mix) 91 C. Zucker (Fruit refining Muscovados) 7, 5. Kasse (Miso) 18, 5. Getreidefracht 10, 5.

Prioritäten blieben behauptet und still; Halle-Sorauer Prioritäten angeboten, im übrigen Preußische Devisen mehrfach in Frage.

Auf dem Eisenbahnmarkt kam nur mäßiges Geschäft zur Entwicklung, das sich hervorragend auf schwere Devisen bezog; die Course waren wenig verändert. Die Rheinisch-Westfälischen Bahnen waren steigend und verhältnismäßig lebhaft; Berliner Devisen und leicht inländische Bahnen blieben ruhig. Von fremden Wertpapieren waren höher und belebt. Russische Pfundanleihen fielen. Deutsche und preußische Staatsfonds, sowie landwirtschaftliche Pfand- und Rentenbriefe hatten bei recht fester Tendenz theilweise ziemlich gute Umsätze für sich.

Deutsche und preußische Industriepapiere blieben schwach behauptet und ruhig; deren speculative Devisen steigend und lebhaft.

Bankaktien und Industriepapiere blieben schwach behauptet und ruhig; deren speculative Devisen steigend und lebhaft.

Industrie-Papiere.

Aquarium-Aktien	68	G
Bazar-Aktien	120, 50	G
Bischwill-Tuch-Gb.	14,	b
Berliner Papierfb.	40,	B
do. Bodenb.-Tivoli	53,	G
Brauer-Papenhof.	90, 10	b
Brauer-Papenhof.	104,	G
Bresl. Br. Wiesner	52, 50	b
Breit. Br. Wiesner	55,	B
Deut. Stahl-Z. A.	6, 30	G
Erdmannsd. Spyn.	50, 50	G
Elbing. M. Eisen.	0, 90	B
Flora, A.-Gef. Berl.	18, 60	B
Förster, Luchfabrik	49, 50	b
Gummib. Konrob	46,	B
Hannov. Misch. G.	45, 25	G
Hön. u. Laurahütte	119,	b
Königsberg-B. B. S. 30,	28, 90	G
Mf. Sch. Majchin.	28,	B
Fabrik (Egels)	74,	G
Marienhütte	20, 90	G
Münich. Chemn.	20, 90	G
Redenhütte Alt. G.	25, 25	G
Salive u. Soolbad	44, 25	G
Schle. Klein. Kramt.	89, 75	G
Ber. Mdg. Sp. Br.	34, 50	b
Wollbank. Wollw.	40,	G

Versicherungs-Aktien.

U. Münch. G. B. G.	7800	G
Aach. Rütt.-Ver. G.	163, 00	G
Allg. Eisenb. B. G.	1530	G
Berl. Ed. u. B. B. G.	795	G
do. Feuer.-Ver. G.	1075	G
do. Hagel.-M. G.	495	B
do. Lebens.-B. G.	2000	G
Colonia. G. B. G.	5810	G
Concordia. G. B. G.	1960	G
Deut. G. B. G.	570	G
do. Trsp.-B. G.	410	G
Dresden. Allg. Trsp.-B. G.	800	B
Düsseldorf. do.	1050	G
Erlberg. G. B. G.	2410	G
Fortuna, Allg. Brs.	830	G
Germany. G. B. G.	392	G
Gladbach. G. B. G.	1194	G
Königsb. Haq. B. G.	312	B
do. Rückverl. Gei.	348	G
Leipziger Feuerb. G.	6000	G
Magdeb. All. Inf. B.	295	G
do. Feuer.-B. G.	2410	G
do. Hagel.-Ver. G.	216	B
do. Lebens.-B. G.	298	B
do. Rückverl.-Ges.	512	B
Mecklenb. Lebensb.	—	—
Nieder. Güt. A. G.	630	G
Nordstern. Zeb. G.	598	B
Preuß. Hagelvri. G.	90	B
do. Hdg. B. A. G.	128, 10	G
do. Lebens.-B. G.	298	G
do. Nat.-Ver. G.	650	B
Providentia. B. G.	318,	G
Rhein.-Wiss. Lloyd.	—	—
do. Rückverl. G.	186	B
Sächsische do.</		